

Editorial (Gründungseditorial 1973)

[Der folgende Text dokumentiert das Editorial der ersten Ausgabe des *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* von 1973.]

Beginnen wir die Begründung dieses Projekts einer Zeitschrift mit der Begründung ihres Titels. Wenn eine Zeitschrift für Sozialwissenschaft, die nach Absicht der Herausgeber immer auch eine politische Zeitschrift zu sein hat, den Namen Leviathan in Anspruch nimmt, so mag das da und dort Befremden auslösen. Solches Befremden dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß hierzulande, anders als etwa in den angelsächsischen Ländern oder in Frankreich*, der Leviathan als das Kennwort für ein Rechtfertigungsmodell galt, mit dem sich zumeist reaktionäre Strategien verbanden. Wenn heute auf den Namen jenes Systementwurfs zurückgegriffen wird, der vor mehr als dreihundert Jahren aus philosophischem Kalkül die finale Struktur der bürgerlichen Gesellschaft vorgezeichnet hat, so könnte dies gar als angstvolle Beschwörung ihrer Erfüllung verstanden werden. Um nichts weniger kann es sich hier handeln.

Messen die Herausgeber in der Tat dem Leviathan eine besondere Aktualität bei, so nicht zuletzt wegen der Doppelgesichtigkeit der mit ihm verbundenen Erscheinungen. Sie ließen sich zum einen zusammenfassen in der knappen Charakterisierung, die einmal Hannah Arendt der Hobbeschen Vision – und Programmschrift zugleich – gegeben hat: In der vom Staat akkumulierten und monopolisierten Macht, deren ständiger Erweiterung alle Vergesellschaftungsprozesse unter dem Kapitalismus zustreben. Der heutige Staat als interventionistischer Wohlfahrtsstaat, so wäre hinzuzufügen, läßt sich jedoch nicht mehr allein als der zentrale Machtapparat begreifen, sondern als die Gesamtheit bürokratisch organisierter Herrschaftsfunktionen, die mit ihm vermittelt sind – auch dort, wo sie in formell »nicht-politischen Organisationen des Kapitals wie der Arbeit« verselbständigt scheinen. Zum anderen: Je mehr die Machtakkumulation in den zentralen Apparaten voranschreitet, desto schärfer kommen die Widersprüche und die Brüchigkeit der »herrschenden Unordnung« im leviathanischen Staat zum Vorschein. Auch treibt gerade der Planungszwang im interventionis-

* Zu erinnern ist hier an die Zeitschrift der New Left in den USA, die unter diesem Namen zwischen 1968 und 1970 erschien; zu erinnern ist auch an den Serientitel »le nouveau leviathan«, unter dem der französische Soziologe Pierre Naville seine Analysen der sowjetischen Gesellschaft (editions anthropos, Paris) erscheinen läßt.

tischen Wohlfahrtsstaat die Wahrnehmung hervor, wie groß der Abstand zwischen dem möglichen Niveau von Zivilisationsleistungen aufgrund der technischen Naturbeherrschung und deren tatsächlicher Verfügbarkeit ist, die durch die Institutionen gebunden wird.

Damit ist bereits ein zentrales Interesse der in dieser Zeitschrift zu führenden Diskussion angedeutet, das Interesse an einer neuen politischen Ökonomie. Diese hätte, kategorial und material, einer Entwicklungsstufe der bürgerlichen Gesellschaft Rechnung zu tragen, in der die politische Gewalt integrierender Bestandteil von Produktions- und Lebensverhältnissen geworden ist.

Diese Diskussion beschäftigt die Linke, soweit sie nicht auf organisatorisch sanktionierte Interpretationen festgelegt ist, erst wieder seit neuerer Zeit. Erst seit kurzem werden auch die Funktionen und Apparate des Staates wieder differenzierter betrachtet, ebenso die ohne sie nicht zu erklärenden Strukturen der Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse. (Die These vom staatsmonopolistischen Kapitalismus scheint hier freilich so unzureichend wie die Technokratie-Theoreme der fünfziger Jahre, deren Kehrseite sie gewissermaßen ist.) An dieser ›Verspätung‹ mögen noch einmal die spezifischen Schwächen der kritischen Sozialwissenschaften rückwärts sich reflektieren lassen. Wichtiger scheint uns die Einsicht, daß sich mit dem wiederentdeckten traditionellen Instrumentarium der Kritik der klassischen politischen Ökonomie die heutigen gesellschaftlichen Krisenbewegungen nicht vollständig erklären und daß sich damit auch keine politischen Strategien entwickeln lassen.

Zumindest kontrapunktisch bleiben Krisenprognosen und Strategie-Diskussion, wo sie konkret und spezifisch werden wollen, das heißt auf Realanalyse aufbauen müssen, nach wie vor auf die Ermittlungen und Befunde herkömmlicher Sozialwissenschaften und Ökonomie angewiesen. Das gilt nicht nur für die Analyse der staatlichen Apparate, sondern ebenso zum Beispiel für Industriosozologie und Arbeitsökonomie. Diese haben ihrerseits, obwohl ihnen doch unter den Erfordernissen einer Klassenanalyse das besondere Interesse der studentischen Bewegung galt, während des letzten Jahrzehnts kaum neue Impulse erhalten.

Auch die Imperialismus-Diskussion, die erst neuerdings aus ihrer jahrelangen Stagnation auszubrechen beginnt, mußte sich im wesentlichen auf das Material stützen, das in dem Bezugsrahmen und in der Methodik traditioneller Sozialwissenschaft zusammengetragen worden war. Das gilt schließlich bis heute für die Untersuchung der realen Bedingungen der Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten und ihres Rüstungswettlaufs, für die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Abschreckungsstruktur und Rüstungskomplexen mit deren jeweiligen Funktionen. Hier haben die sich

als kritisch verstehenden Sozialwissenschaften über die Kapitalverwertungs- und ökonomischen Imperialismus-Theorien hinaus es zu keinen neuen Konzepten gebracht, mußten Aufklärung und Auseinandersetzung den engagierten ›bürgerlich-liberalen‹ Wissenschaftlern überlassen, wie unzureichend immer deren theoretische Ansätze und Methoden waren.

Mit dieser Beschränkung hängt unter anderem zusammen, daß die Versuche, die die politische Soziologie zur Erklärung der als spätkapitalistisch bezeichneten Gesellschaft unternahm, fast ausschließlich von den USA und der Bundesrepublik ausgingen. Darin spiegelte sich, konzeptuell wie methodisch, das Abhängigkeitsverhältnis der akkreditierten deutschen Sozialforschung von der amerikanischen, deren herrschende Richtungen nach wie vor auf besondere Weise historisch bewußtlos sind. Noch in zahlreichen der neueren marxistischen Analysen, vergleicht man sie mit ähnlich gerichteten Bemühungen in Frankreich, Großbritannien oder Italien, wirkt diese historische Bewußtlosigkeit und damit jenes Abhängigkeitsverhältnis nach.

Die Gründe dafür liegen in der deutschen Nachkriegsgeschichte und im Fehlen eines genuinen Marxismus ebenso wie in den Traditionen der deutschen Sozialwissenschaften. Dies hat jedenfalls dazu geführt, daß die heutigen Versuche zu einer politischen Ökonomie sich weiterhin auf die USA und die Bundesrepublik hin provinzialisieren, ohne doch die Analyse dieser nationalen Systeme einer historisch-materialistischen Kapitalismus-Theorie einordnen und ihre ›nationalen Besonderheiten‹ aus ihr bestimmen zu können.

Um so wichtiger erscheint es den Herausgebern, den Blick auch auf die anderen europäischen Gesellschaften zu lenken, was nicht nur angesichts der multinationalen Konzentration des Kapitals und der politischen Gewalt selbstverständlich sein mußte. Eine Beschäftigung mit den politischen Ökonomien und Gesellschaftsstrukturen Frankreichs und Englands etwa, die immer auch eine Beschäftigung mit deren Sozialwissenschaften einschließen mußte, hätte zu erweisen, welche Gemeinsamkeiten und Regelmäßigkeiten der heute verwandte Begriff vom Kapitalismus umfassen kann. Da der Provinzialismus der Sozialwissenschaften in diesen Ländern kaum geringer ist als hierzulande, müssen wir uns freilich im klaren darüber sein, daß eine solche Vermittlung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen wird und daß es sich fürs erste um nicht viel mehr als um eine Absichtserklärung handeln kann.

Die Studentenbewegung und ihre Folgen haben die erzwungene Fixiertheit kritischer Sozialwissenschaft auf die Problemstellungen, Modelle und Arbeitsfelder der verwertbaren Sozialwissenschaften nur partiell brechen können. Was als Herrschaft neu entdeckt wurde, mußte zumeist an deren sekundären Manifestationen dingfest gemacht werden, Herrschaftskritik

konnte kaum, wenn sie noch wissenschaftlichen Anspruch erhob, aus dem Kontext der von den Verwertungswissenschaften systematisierten Phänomene ausbrechen. Das zeigte sich etwa auch daran, daß die ideologischen Programme und Selbstdarstellungen der Institutionen häufig für die Wirklichkeit dieser Institutionen genommen wurden, daß den von ihnen verkündeten Strategien bereits die Trends realer Entwicklung abgelesen wurden.

So dringlich nun die Forderung ist, die Problemstellungen selbst zu emanzipieren – und zwar in zweifacher Hinsicht –, so wird sie sich doch der Grenzen ihrer Verwirklichung bewußt bleiben müssen. Sie liegen vor allem an den Beschränkungen der Möglichkeit, begriffliche Konstruktion und Realanalyse miteinander zu verbinden. Wenn wir die Herstellung dieser Verbindung in den Beiträgen dieser Zeitschrift im Prinzip anstreben, so sehen wir auch die Grenzen. Es wird häufig genug sein müssen, die Erfordernisse der Realanalyse genau zu erklären oder theoretische Blindstellen offenzulegen. (Wir werden deshalb versuchen, den einzelnen Beiträgen, wo dies nötig und möglich ist, Kommentar und Kritik unmittelbar folgen zu lassen.) Diese Zielsetzung schließt jedenfalls eine Systemkritik aus, die sich rein ideologiekritisch bescheidet.

In der Begründung des Titels dieser Zeitschrift wurde bereits darauf hingewiesen, daß im Mittelpunkt dieser Arbeit die Frage nach dem Krisenzusammenhang der als spätkapitalistisch bezeichneten Gesellschaften und ihrer selber krisenhaften Unterdrückung durch zentralistische Apparate stehen wird. (Dazu gehört auch die Frage nach dem Zusammenhang ihrer Krisen mit den gegenexistenten, den staatssozialistischen Systemen.) Denn nur wenn immer wieder von dieser Frage ausgegangen wird, kann jene Verbindung von begrifflicher Konstruktion und Realanalyse sinnvoll angestrebt werden, scheint Theorie erst möglich. Das gilt etwa für Theorien über die Dynamik von Rüstungswettläufen ebenso wie für Theorien über das Bewußtsein von Abhängigen, über die Trends staatlicher Wissenschaftspolitik oder über die wirtschaftliche und administrative Konzentration in der EWG.

Das besondere Interesse der Zeitschrift wird sich dabei auf den ›Staatsrichten, das heißt auf die Widersprüche und Konflikte zwischen seinen Hauptfunktionen, der Sicherung von wirtschaftlichem Produktionswachstum und der Sicherung von Herrschaft, die die Staatsmaschinerie zu vermitteln und zu verarbeiten hat; den Widersprüchen zwischen dem Imperativ kapitalistischen Wachstums und Produktionsfortschritts und dem Imperativ der Sicherung ›sozialen Friedens‹ und bürokratisch geregelter Herrschaft; den Konflikten, die daraus entstehen, daß das Erfordernis der Wachstumsgarantie als wichtigste Quelle von Legitimität qua Sicherung von Massenloyalität zur Vernachlässigung der Infrastruktur, mehr noch, zum extensiven

Raubbau an den zivilisatorischen und den natürlichen Grundlagen führt; den Widersprüchen und Konflikten also insgesamt, welche die wachsende Politisierung aller Aspekte der Arbeit und ihrer Verwertung wie schließlich der natürlichen Lebensbedürfnisse zur Folge haben – was an die Steuerungskapazität und die Legitimationserfordernisse der zentralen Apparate ständig expansionstreibende Ansprüche stellt.

Unter die Generalfrage nach dem Krisenzusammenhang, in dem die Funktionen des Staates, die Glieder des Leviathan, sich entfalten, reproduzieren und bekämpfen, werden wir also die jeweiligen Themen dieser Zeitschrift zu stellen suchen.

Dies gilt zunächst für die Sphäre der Produktion, ihre Gleichgewichtspostulate und deren Manipulation durch den Staat: Was bedeutet unter den Bedingungen wohlfahrtsstaatlicher Dauerintervention heute das ›Überschießen der Produktivkräfte über die Produktionsverhältnisse‹? Welches sind die Chancen und die Konsequenzen eines Übergangs vom expansiven zum intensiven Wachstum, den die wissenschaftlich-technische Revolution ebenso gebietet wie grundsätzlich möglich zu machen scheint? Welche Krisen und Änderungen innerhalb der Struktur der Produktivkräfte löst diese Revolution aus und wie verändert sie den Charakter menschlicher Arbeit? Welches sind die Erfordernisse einer Theorie der Produktivkräfte, die durch die These von der Eigendynamik der wissenschaftlich-technischen Revolution herausgefordert wird? Was erlaubt überhaupt, von wissenschaftlich-technischer Revolution zu sprechen, wenn sie erst als Umwälzung auch der Produktionsverhältnisse, ihrer Institutionen und Herrschaftsmittel wirklich Revolution wäre?

Die spezifischen Krisen der Produktionssphären werden vor allem im Bereich der Infrastruktur zu untersuchen sein. Gerade hier, wo die Widersprüche und die Ohnmacht staatlicher Steuerung am deutlichsten zutage treten, ist freilich auch der Mangel an empirischer Arbeit der Sozialwissenschaften, erst recht der Mangel an Theorien spürbar, ebenso wie es an stringenten Bestimmungen des tertiären Sektors fehlt.

Selbst in jenen Bereichen der Infrastruktur, in denen seit bald einem Jahrzehnt die Krisenbewegungen am heftigsten ausschlagen, nämlich im Ausbildungs- und im Wissenschaftssystem, sind trotz der von oben und von unten vorangetriebenen Politisierung gründliche Analysen unter den Aspekten der Verwertung und der staatlichen Steuerung spärlich geblieben. Es wäre bereits als Erfolg dieser Zeitschrift zu betrachten, wenn es ihr gelänge, die strukturellen Bedingungen zu kennzeichnen, von denen eine solche Analyse auszugehen hätte. Solches Bedenken gegenüber dem Leistbaren wird uns jedoch nicht hindern, mit unserer Kritik, selbst wenn sie vorläufig

bleiben muß, auch aktuelle Fragen der Ausbildungs-, der Wissenschafts- und der Technologiepolitik anzugehen.

Es versteht sich, daß ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit auf der Analyse staatlicher Organisationen und der dem Staat vorgelagerten Institutionen liegen wird, auf ihren Funktionen der Planung und des präventiven Krisenmanagements in ihren Widersprüchen zu ihren Funktionen der Herrschaftsverwaltung. Schließlich werden von den Erscheinungen offener Repression, wie sie sich in der Praxis des politischen Strafrechts und der Polizei zeigen, und den Erscheinungen der Gegengewalt her die Krisen staatlicher Legitimitätsbehauptung und ihrer Instrumentalisierung in den Apparaten der Macht zu diskutieren sein.

Vor allem unter den Aspekten zunehmender organisatorischer Verflechtung (z. B. multinationaler Firmen) werden wir auch die Probleme internationaler Politik behandeln und die Diskussion etwa über Imperialismus und Rüstungswettkampf führen. Nicht nur eine Kapitalismus und Sozialismus vermittelnde Systemkonkurrenz, auch die Kontrastwirklichkeit des bürokratischen Sozialismus machen heute – im Unterschied zur frühkapitalistischen Leviathan-Konstruktion – eine Reflexion auf die Erscheinungen internationaler Politik unerläßlich. Untersuchungen der Entwicklungsländer oder der verschiedenen Imperialismen interessieren dabei vor allem insofern, als mit ihrer Hilfe die von den Industrieländern induzierte ›Entwicklung von Unterentwicklung‹ und die Vermittlung von Abhängigkeit in einer von krassen Disparitäten gekennzeichneten Schichtung der internationalen Gesellschaft transparent gemacht wird.

Unsere Arbeit wird schließlich auch Fragenkomplexe einschließen, in denen, aus unterschiedlicher Perspektive, das Schicksal des ›subjektiven Faktors‹ und dessen politischen Funktionen unter den Bedingungen des Leviathan analysiert werden. Um nicht den Fehler der implizit rationalistischen, um nicht zu sagen idealistischen Anthropologie des historischen Materialismus zu tradieren und damit politischem Illusionismus zu huldigen, müssen die Modellvorstellungen über die psychische Struktur und die damit verbundene Art der Handlungsbereitschaft im Sinne einer nichtsubjektivistischen, historischen Theorie des Subjekts entwickelt werden.

Das spätestens seit dem Faschismus evidente Ende des bürgerlichen Individuums bedeutet weder das Ende bewußt politisch handelnder Subjekte noch daß das Legitimationsproblem obsolet geworden ist. Zu klären wird unter anderem sein, nach welchen Prinzipien und in welchen Formen Sozialisation erfolgt, damit der subjektive Faktor nicht als fiktive Größe ins politische und wissenschaftliche Kalkül eingeht, damit er in Gestalt der Prinzipien und Formen der Sozialisation kritisiert werden kann. Dazu gehört auch die Untersuchung der Bedeutung von Arbeit in ihren verschiedenen Ausprä-

gungen für Struktur und Dynamik des psychischen Haushalts und seiner politischen Wirkung. Schließlich wird uns zu interessieren haben, welche Formen von Subjektivität und politischer Handlungsbereitschaft sich in den Ländern der Dritten Welt unter dem Einfluß ihrer Selbstverwaltung und Industrialisierung entwickeln.

Kurz, die Subjekte als Funktion des Leviathan und die Strategien ihrer rationalen Repolitisierung werden Themen dieser Zeitschrift sein.

Klaus Horn

Claus Koch

Wolf-Dieter Narr

Claus Offe

Dieter Senghaas

Winfried Vogt